

Der Pluralismus - Ideologie der Konterrevolution

Gerhard Haney

Innerhalb der antisozialistischen und konterrevolutionären Ideologien, die gegenwärtig gegen die internationale Arbeiterbewegung und die sozialistischen Staaten ins Feld geführt werden, spielen pluralistische Staatsauffassungen eine große Rolle. Mit ihnen soll das Klassen- und Staatsbewußtsein der Arbeiterklasse zersetzt, die Führungsfunktion ihrer marxistisch-leninistischen Partei, ohne die eine sozialistische Staatsmacht weder errichtet noch entwickelt und behauptet werden kann, untergraben werden.

Pluralistische Staatstheorien sind nicht neu. Auch die deutsche Arbeiterklasse hat bereits Erfahrungen mit dieser Form bürgerlicher Ideologie gesammelt. Es ist bekannt, wie in Westdeutschland nach 1945 pluralistische Vorstellungen von der deutschen Großbourgeoisie neoliberalistisch aufgeputzt und im ideologischen Klassenkampf eingesetzt wurden, mit dem einzigen Ziel, die lädierte imperialistische Gesellschaftsordnung zu retten, zu erhalten und zu restaurieren. Der Pluralismus in Gestalt der sozialen Marktwirtschaft, der Privatautonomie, der wirtschaftlichen Betätigungsfreiheit, der Gewaltenteilung, der Stabilisierung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, des Individualismus, des philosophischen Anthropologismus, wurde als *die* freiheitliche Grundform menschlichen Zusammenlebens ausgegeben. Sie entpuppte sich in der westdeutschen Wirklichkeit sehr schnell als Herrschaftsform des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Die pluralistische Demagogie, in der sich auch und nicht zuletzt die rechten sozialdemokratischen Ideologen wohlfühlten, bildete ein brauchbares Instrument zur Irreführung der Massen, zur Restauration des deutschen Imperialismus und zur Verleumdung aller demokratischen Aktionen der Volksmassen. Sie erwies sich damit als konterrevolutionär, als gegen jene geschichtliche Entwicklung gerichtet, wie sie auch als internationale Verpflichtung Deutschlands in den Beschlüssen der Anti-Hitler-Koalition ausgedrückt war.

Und noch etwas ist hervorzuheben: Wieder an der Macht, äußerten ideologische Vertreter des deutschen Imperialismus recht bald antipluralistische Auffassungen und forderten — vorbereitet vor allem durch klerikale Gemeinwohlphrasen —, dem Staate zu geben, was dem Staate ist. Es tauchten Forderungen auf nach einer „ganzheitlichen Wirtschaftspolitik“, nach einer „Gesamtansicht auf gesellschaftliche Zielsetzungen“, nach einem „klaren Ordnungsbewußtsein“, nach Zusammenschluß zu einem „einheitlichen Wollen“ und nach „Opfern im Interesse des Ganzen“. Das geschah schon in den fünfziger Jahren.

Schließlich trat dann infolge der ungeheuren Konzentration und Zentralisation monopolistischer Macht — um diese zu rechtfertigen, zu stärken und expansiv auszudehnen — die „formierte Gesellschaft“ auf den Plan, mit einer von ihren Schildknappen verlangten strikten „Unterordnung unter gesamtgesellschaftliche Ziele“, für die behauptet wurde, daß die Gesamtgesellschaft zum „Gesamtbetrieb ohne Unternehmer“ geworden sei. Dafür wurde und wird nunmehr ein „ausgeprägtes gesamtgesellschaftliches Bewußtsein“ gefordert, mit einer solchen staatsmonopolistischen Formierung nach innen, die ihren Ausdruck in Notstandsgesetzgebung, zunehmender Unterdrückung aller demokratischen Kräfte und verschärfter Aggressivität nach außen findet.

An diese historisch unbestreitbaren Vorgänge denkt man sofort, wenn man die Empfehlungen vernimmt, die beispielsweise Sviták für die CSSR aus-